

An das
Bundesministerium für soziale
Sicherheit und Generationen
Wien
heinz.wittmann@bmsg.gv.at

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird.

Bezug: 51 0102/1-V/1/03

Mit Beziehung auf das Schreiben vom 31.3.2003 beehrt sich das
Bundesministerium für Justiz, zum oben angeführten Gesetzentwurf folgende

S t e l l u n g n a h m e

zu erstatten:

Zu Z 1 (§ 39g FLAG 1967):

Nach dem vorgeschlagenen § 39g FLAG 1967 ist dem Bund (Bundesminister für Finanzen) in den Jahren 2003 und 2004 jeweils bis zum 1. Juli aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen ein Pauschalbetrag von 20 Millionen Euro zu zahlen, der für den Verwaltungsaufwand bei der Vollziehung dieses Bundesgesetzes durch die Finanzverwaltung zu verwenden ist.

Das Bundesministerium für Justiz erinnert daran, dass bereits 1996 mit dem Budgetprogramm der Bundesregierung vorgesehen wurde, dass das Justizressort aus Mitteln des Familienressorts einen Ersatz der Kosten für die Verwaltung der Unterhaltsvorschüsse erhält. Seinerseits sind ca. 50 Mio. ATS in Aussicht genommen worden. Dieser Plan ist damals nicht umgesetzt worden.

Die in Aussicht genommene Neuregelung fußt auf dem schon im Budgetprogramm 1996 enthaltenen Grundsatz, dass ein Ressort auch die Verwaltungskosten tragen solle, die auf die Verwendung seiner Mittel entfallen. Die Aus- und Rückzahlung der Unterhaltsvorschüsse wird in der Justiz mit hoher Sorgfalt und dennoch unter Wahrung höchstmöglicher Verwaltungsökonomie durchgeführt. Die Unterhaltsbevorschussung ist in der österreichischen Bevölkerung als eine wirksame Hilfe vor dem sozialen Abstieg im Fall einer Trennung der Familie

anerkannt. Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union ist auch auf dem Gebiet der Unterhaltsbevorschussung nicht ohne Auswirkungen geblieben und erfordert ein höheres Augenmerk bei der Lösung grenzüberschreitender Fälle, um missbräuchliche Inanspruchnahme des Rechtsinstituts zu verhindern.

Das Bundesministerium für Justiz hat die nunmehr in seinem Wirkungsbereich für die Vollziehung des Unterhaltsvorschussgesetzes aufgelaufenen Kosten neu errechnet und schlägt auf der Grundlage dieser Berechnungen folgende Ergänzung des vorgeschlagenen § 39g FLAG vor:

"Weiter ist aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen dem Bund (Bundesminister für Justiz) ein jährlicher Pauschalbetrag von 4,5 Millionen Euro zu zahlen, der für den Aufwand bei der Vollziehung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Vorschüssen auf den Unterhalt von Kindern (UVG 1985) im Bereich der Justiz zu verwenden ist."

Für die Erläuterungen schlägt das Bundesministerium für Justiz folgende Ausführungen vor:

„Nach dem Bundesgesetz über die Gewährung von Vorschüssen auf den Unterhalt von Kindern (UVG 1985) ist mit der Vollziehung des Bundesgesetzes der Bundesminister für Justiz betraut. Die operative Durchführung der Auszahlung von Unterhaltsvorschüssen und die Einbringung der Forderungen gem. § 31 UVG werden von den Präsidenten der Oberlandesgerichte durchgeführt. Damit übernimmt das Bundesministerium für Justiz inhaltlich Aufgaben des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen.

Bereits 1996 war im Budgetprogramm der Bundesregierung vorgesehen, dass das Justizressort aus Mitteln des Familienressorts einen Ersatz der Kosten für die Verwaltung der Unterhaltsvorschüsse erhält. In Aussicht genommen wurden damals ca. ATS 50 Mio. Diese Maßnahme ist bisher nicht umgesetzt worden.

Die auf Grund des Unterhaltsvorschussgesetzes aus Mitteln des Familienlastenausgleichsfonds zu leistenden Unterhaltsvorschüsse werden von den Präsidenten der Oberlandesgerichte ausgezahlt. Rückzahlungen sind an die Präsidenten der Oberlandesgerichte zu leisten. Die vom Unterhaltsschuldner zu leistende gerichtliche Pauschalgebühr ist – wenn überhaupt einbringlich – nicht kostendeckend.

Bei Beendigung der gesetzlichen Vertretung gehen die Unterhaltsforderungen im Ausmaß der noch nicht zurückgezahlten Vorschüsse auf den Präsidenten des Oberlandesgerichtes über, der diese offenen Forderungen zugunsten des Familienlastenausgleichsfonds eintreibt

Mit Stichtag 1.1.2002 wurden 38.406 Unterhaltsvorschussfälle mit laufender Auszahlung in einer Gesamthöhe der Ansprüche von Euro 6,520.072,50, also mit einer durchschnittlichen Höhe des Einzelanspruches von ca. Euro 170,--, betreut. Die geschuldeten Pauschalgebühren würden daher für das Jahr 2002 Euro 1,088.170,-- betragen. Von den Unterhaltsvorschüssen und den Pauschalgebühren werden erfahrungsgemäß ca. 45 % (d.s. Euro 2,934.032,60 an Unterhaltsvorschüssen und Euro 489.676,50 an Pauschalgebühren) hereingebracht.

Bei den **Oberlandesgerichten** werden laut Personalinformationssystem des Bundes in Unterhaltsvorschusssachen folgende Arbeitskapazitäten eingesetzt:

<i>Verwendungs-/ Entlohnungsgruppe</i>	<i>VBÄ</i>
A2	12,42
A3	4,75
A4	0,2
R2	0,4
v2	4
v3	3,7
v4	6,65

Nach der Verordnung betreffend die Richtlinien für die Ermittlung und Darstellung der finanziellen Auswirkungen neuer rechtsetzender Maßnahmen gemäß § 14 Abs. 5 des Bundeshaushaltsgesetzes (BGBl. II, 348/2001) ist der Personalaufwand für diese ressortfremde Aufgabe mit (umgerechnet) Euro 1.263.865 zu beziffern. Unter Berücksichtigung eines 12 %-igen Zuschlags für Sachaufwand ergibt sich eine Belastung des Justizressorts von Euro 1.415.529. Zuzüglich der Verwaltungsgemeinkosten von 20 % der Personalkosten (Euro 252.773,--) ergibt sich in diesem Bereich eine Gesamtbelastung von **Euro 1,668.302,--**.

Im Zuge der Verwaltungsreform wurde im Jahr 2001 beim Oberlandesgericht Wien eine zentrale **Einbringungsstelle** eingerichtet. Bei dieser werden ausschließlich für Unterhalts-vorschusssachen Arbeitskapazitäten von 2 B- und 6 D-Bediensteten benötigt, welche insgesamt mit Euro 281.541,-- zu bewerten sind. Zuzüglich 12 % Sachkosten und 20 % Verwaltungsgemeinkosten ergibt sich im Bereich der Einbringungsstellen eine Belastung von **Euro 371.634,12**.

Die Entscheidung über die Gewährung, Nichtgewährung/Einstellung oder Herabsetzung/Erhöhung von Unterhaltsvorschüssen obliegt den **Gerichten**. Auch die dafür erforderlichen Aufwendungen sind bei funktionaler Betrachtung Verwaltungskosten im Zusammenhang mit Unterhaltsvorschüssen. Geht man von einer geschätzten durchschnittlichen 10 %-igen Belastung der Familienrichter bzw. 20 %-igen Belastung der Außerstreitrechtspfleger mit Unterhaltsvorschuss-sachen aus, ergibt dies bei 134,95 Außerstreitrichtern und 130,49 Außer-streitrechtspflegern bei den Erstgerichten 13,5 Richter und 26 Rechtspfleger.

13,5 Richter	Euro 982.084,50
26 Rechtspfleger	Euro 1,301.890,20
12 % Sachkosten	Euro 274.077,--
20 % Verwaltungsgemeinkosten	<u>Euro 456.794,90</u>
	Euro 3,014.846,60

Der Gesamtaufwand des Justizressorts für die Abwicklung der Unterhaltsvorschuss-Angelegenheiten beträgt daher (gerundet):

Personalkosten inkl. Sachaufwand und

Verwaltungsgemeinkosten	Euro 1,668.300,--
Aufwand der Einbringungsstellen	Euro 371.600,--
Erstgerichte	Euro 3,014.800,--
abzügl. hereingebrachter Pauschalgebühren	- <u>Euro 489.600,--</u>
	Euro 4,565.100,--

Nach den Entscheidungen des EuGH müssen in Hinkunft EWR-Bürger und Angehörige der assoziierten und kooperierenden Staaten mit Unterhaltsvorschüssen beteiligt werden. Für die Hereinbringung dieser Forderungen im Ausland stehen dem Justizressort keine Ressourcen zur Verfügung.“

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrats übermittelt.

24. April 2003

Dr. Gerhard Hopf